

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 017/2018
Kiel, Mittwoch, 24. Januar 2018

Soziales/schulgeldfreie Gesundheitsfachberufe

Dennys Bornhöft: Dem Fachkräftemangel in Gesundheitsfachberufen wirksam begegnen

In seiner Rede zu TOP 23 (Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen schulgeldfrei gestalten) erklärt der sozialpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dennys Bornhöft**:

„Viele Berufe im Gesundheitswesen erfahren wiederkehrend nicht die gesellschaftliche oder auch finanzielle Wertschätzung, die ihnen insbesondere im Hinblick auf die zugrunde liegenden Arbeitsbedingungen zustehen müssten.“

Wir haben nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in ganz Deutschland mit einem Fachkräftemangel zu kämpfen. In fast allen Branchen kommt man nicht hinterher, so viele Menschen auszubilden, wie wir aufgrund von Altersabgängen oder steigenden Bedarfen zwingend benötigen würden. Dieser Fachkräftemangel herrscht vor allem in den handwerklichen Berufen, in der Gastronomie und im besonderen Maße in den sozialen Gesundheitsberufen.

Die Vorstellung, dass sich jemand dazu entscheidet, in einen Ausbildungszweig zu gehen, in dem großer Personalmangel herrscht und der im Zweifelsfall nicht zu den Hochlohn-Jobs gehört, dafür aber ein Schulgeld bezahlen muss, stimmt nachdenklich. Die Situation, in der sich mancher Auszubildende in den Gesundheitsfachberufen befindet, erstaunt vor allem dann, wenn man sieht, dass beispielsweise bei handwerklichen Berufen relativ selbstverständlich versucht wird, die Kosten für den Meisterabschluss zu beseitigen. Zur Klarstellung: ich finde das gut und richtig, dass diese Kosten für angehende Meister wegfallen sollen. Auch bei den Gesundheitsfachberufen sollte der gesellschaftliche und politische Wille da sein, um für eine Beitragsfreiheit der Auszubildenden einzustehen.

Es ist davon auszugehen, dass die politische Forderung, prinzipiell alle Gesundheitsfachberufe vom Eigenbeitrag der Azubis freizustellen, vermutlich von allen Fraktionen geteilt wird. Die große Frage hierbei ist aber: Wie soll das geschehen? Hierzu gibt es verschiedene Modelle. In einem Gespräch mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband wurde der Weg des Systemwechsels von der schulischen zur dualen Ausbildung in den Gesundheitsberufen besonders hervorgehoben. Dies wäre ein immenser Kraftakt für alle Akteure und würde vermutlich mehrere Jahre der Umsetzung benötigen, beispielsweise für eine neue Ausbildungskonzeptionierung. Offen muss auch die Frage der Finanzierung bleiben.

Eine andere Option wäre es, die Schulgeldfreiheit durch eine Erhöhung der öffentlichen Förderung zu gewährleisten. Auch hier ist völlig unklar, wer das bezahlen soll. Bereits bei der Pflegeberufereform, dem Wechsel zur generalistischen Ausbildung, greift der Bund deutlich stärker mit finanziellen Mitteln unter die Arme und sorgt dafür, dass die Pflegeausbildung für die Azubis kostenfrei wird. Zusätzlich sollen die Azubis laut Veröffentlichungen des Bundesgesundheitsministeriums künftig auch eine angemessene Ausbildungsvergütung erhalten. Es ist auf jeden Fall zu prüfen, ob nicht alle Gesundheitsfachberufe auf diese Weise zu fördern sind.

Frau Merkel und die Herren Schulz und Seehofer haben sich aber offenbar schon entschieden. Schließlich steht im Sondierungspapier der GroKo, hinter dem zumindest 56% der SPD-Delegierten stehen: „Wir wollen das Schulgeld für die Ausbildung in den Heilberufen abschaffen, so wie es in den Pflegeberufen bereits beschlossen wurde.“ Wenn eine künftige Bundesregierung diesen Weg für den einzig richtig hält, so möge sie ihn gehen. Ich kann dann nur hoffen, dass es sich bei dieser Ankündigung um keine Moge-packung wie bei der angeblichen Abschaffung des Kita-Elternbeitrags handelt, die im gleichen Atemzug den Ländern am anderen Ende Gelder wieder entziehen soll. Dass im Sondierungspapier noch nichts zur Finanzierung steht, macht uns jedenfalls Sorgen. Im jeden Fall dürfen am Ende nicht die Länder die Versprechen der kleingeschrumpften GroKo bezahlen.

Um zunächst besser quantifizieren zu können, wie sehr und wo der Schuh bei der Finanzierung der schulischen Ausbildung drückt, benötigen wir eine detaillierte Auswertung der Ausbildungssituation in unserem Land. Wir müssen klar sowohl die heutigen als auch die zukünftigen Bedarfe benennen können, um in einem nächsten Schritt dafür zu sorgen, dass es ausreichend Nachwuchs für die Gesundheitsfachberufe gibt. Daher bitten wir die Landesregierung, eine entsprechende Bestandsaufnahme auf den Weg zu bringen.“